

Felix Jaitner

Ressourcen-Extraktivismus oder Re-Industrialisierung?

Das russische Entwicklungsmodell im Kontext der „neuen Weltordnung“

Knapp 25 Jahre nach der Auflösung der UdSSR hat die Auseinandersetzung um die Vorherrschaft im post-sowjetischen Raum eine neue Stufe erreicht. Der langfristig angestrebten NATO-Ausdehnung steht die außenpolitische Renaissance Russlands gegenüber. Obwohl der Ausgang des Ukraine-Konflikts noch nicht absehbar ist, lässt sich schon jetzt sagen, dass er die zukünftige Entwicklung des post-sowjetischen Raums nachhaltig verändern wird. Damit ist unmittelbar die künftige Form kapitalistischer Entwicklung der Region verbunden. Während eine Anbindung der Ukraine an den transatlantischen Wirtschaftsraum eine weitgehende Deindustrialisierung des Landes zur Folge hätte, hegen Kräfte in Russland die Hoffnung, durch ein eigenes Integrationsprojekt („Eurasische Union“) eine Re-Industrialisierung der Region zu fördern. Der ostukrainischen Schwer-, Maschinenbau- und Rüstungsindustrie war dabei eine zentrale Rolle zgedacht.

Im Hinblick auf die geopolitische Rolle Russlands herrscht allgemein große Unklarheit. Das „System Putin“ wird sowohl für die Entstehung autoritärer Herrschaft als auch für eine zunehmend aggressive Außenpolitik Russlands verantwortlich gemacht. Ein solches Verständnis lässt wenig Raum für die Analyse weiterer gesellschaftlicher Akteure, ihrer Interessen und der daraus resultierenden Konflikte. Sie ist jedoch zentral, um die inneren Machtverhältnisse und deren Einfluss auf die russische Außenpolitik zu verstehen. Diesem Vorhaben ist der Artikel gewidmet. Zwei Argumente sollen dazu dienen, die zunehmend expansive geopolitische Strategie Russlands zu verorten. *Erstens* nehmen die innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die zukünftige Ausrichtung des nationalen Entwicklungsmodells zu. Dies führt zu einem verschärften Konkurrenzdruck unterschiedlicher Kapitalfraktionen, der vor dem Hintergrund der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise zusätzlich an Spannung gewinnt. Die ökonomische Außenorientierung dient einzelnen Kapitalgruppen dazu, ihre Position sowohl national als auch global zu stärken. *Zweitens* ist es mit der Gründung der

Eurasischen Union erstmals seit der Auflösung der UdSSR gelungen, ein ernst zu nehmendes Integrationsprojekt zu initiieren, das die Großmächte China, EU und USA außen vor lässt. Während Russlands Vorgehen im Ukraine-Konflikt vor allem dem Erhalt der hegemonialen Vorherrschaft im post-sowjetischen Raum dient, soll die Unterstützung der syrischen Regierung von Baschar al Assad eine weitere Destabilisierung der Region verhindern.

Zur Ausarbeitung der beiden Thesen ist es notwendig, in einem ersten Schritt die Herausbildung der neuen russischen Elite in den 1990er Jahren nachzuzeichnen. Die Analyse der sogenannten Schocktherapie und ihrer sozialen Folgen verdeutlicht, wie sich Russland als Teil der Peripherie in den Weltmarkt integrierte. Anschließend wird die Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 1998 und die kurz darauf folgende Amtsübernahme Wladimir Putins näher beleuchtet. Schwerpunkte dieses Abschnitts ist die Aushandlung eines neuen Konsenses und die damit verbundene Reorganisation der Herrschenden. Abschließend werden die ökonomischen und gesellschaftspolitischen Auswirkungen der neuen Konstellation näher erläutert. Dabei wird auch die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise berücksichtigt. Diese Ausführung hat das Ziel, die gegenwärtige Kräftekonstellation im Inneren näher zu bestimmen und mit dem internationalen Vorgehen Russlands in Verbindung zu bringen.

Ressourcen-Extraktivismus als Modell peripherer Entwicklung

Die 1980er und 1990er Jahre stellen eine besondere Phase kapitalistischer Entwicklung dar. Das Ende des Ost-West-Konflikts ermöglichte die Integration neuer Länder in das kapitalistische Weltsystem. Die Folgen dieser Expansion sind im post-sowjetischen Raum bis heute spürbar. Zwar unterhielt die UdSSR Handelsbeziehungen mit kapitalistischen Staaten, doch verfügte sie durch den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) über einen weitgehend geschützten und stabilen Absatzmarkt.

Im Gegensatz zu China oder den südostasiatischen Tigerstaaten wird deutlich, dass die Administration unter dem ehemaligen russischen Präsidenten Boris Jelzin keine industrielle Entwicklungsstrategie verfolgte (Krasilshchikov 2014). Sie verzichtete weitgehend darauf, die Konzerne weiterhin staatlich zu kontrollieren und dadurch eine regulierte soziale Marktwirtschaft zu etablieren. Die führenden Ökonomen der Regierung, der Finanzminister Jegor Gajdar und Anatolij Tschubajs, Verantwortlicher des Komitees für die Leitung des Staatseigentums, vertraten den Standpunkt, der Staat sei in erster Linie ein repressives, die individuelle Freiheit einschränkendes Organ und forderten deshalb vor allem eine „Entstaatlichung“. Das bedeutet nicht nur die Privatisierung des

staatlichen Eigentums, sondern einen umfassenden, möglichst vollständigen Rückzug des Staates aus allen wirtschaftlichen Prozessen (Gajdar/Kogalovskij 1990; Gajdar 1995). Auf die Auflösung der Sowjetunion folgten die Aufgabe der staatlichen Preiskontrollen, die Liberalisierung des Außenhandels und die Förderung eines privaten Finanzsektors: ein kompletter Bruch mit der sowjetischen Planwirtschaft. Da die Regierung das Ziel hatte, die Reformen „unumkehrbar“ (Jelzin 1994: 235) zu machen, musste deren Umsetzung so schnell und radikal wie möglich erfolgen („Schocktherapie“). Die Ökonomen Aleksandr Buzgalin und Andrej Kolganov (1996: 121ff.) argumentieren demgegenüber, die radikale Wirtschaftspolitik der Regierung würde die Struktur- und Produktionskrise, in der die russische Wirtschaft bereits in den 1980er Jahren steckte, derartig vertiefen, „dass das Land das Modell der industriellen Entwicklung wechselte.“

Die Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen in Russland hatte zur Folge, dass das Entwicklungsmodell ressourcenextraktivistisch ausgerichtet wurde. Darunter wird eine spezifische Form peripherer kapitalistischer Entwicklung verstanden, bei der (unverarbeitete) Rohstoffe und Agrarland für den Export ausgebeutet werden (Gudynas 2011; Acosta 2013). Ein Blick auf den russischen Außenhandel unterstützt diese These. Seit den frühen 1990er Jahren sind die Säulen der Wirtschaft die Rohstofferschließung und -verarbeitung (Erdöl, Erdgas, Aluminium, Metallurgie und Energie) sowie der Finanzsektor. Der Bedeutungsverlust der Industrie lässt sich in absoluten Zahlen belegen. Der Anteil produzierter Güter am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ging von 65,5 (1990) auf 41 Prozent (2004) zurück. Im selben Zeitraum fiel die industrielle Produktion von 38 auf 28 Prozent (Grinberg et al. 2006). Im Gegensatz dazu stieg die Bedeutung des Rohstoffsektors stetig an. Im Jahr 2013 betrug der Anteil von Öl, Gas und Kohle fast 70 Prozent der Gesamtexporte (Russland-Analysen 2014: 7). Hinzu kommen Metalle und Edelsteine und daraus gefertigte Produkte (13%).

Die radikale Neuausrichtung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen Russlands nach Westen und die Herausbildung eines extraktiven Entwicklungsmodells sind Ausdruck einer peripheren Weltmarktintegration. Laut der Soziologin Natalija Tichonova (2011) verarmte ein Drittel der russischen Bevölkerung als direkte Folge des Privatisierungsprozesses. Das gesamte Ausmaß des ökonomischen Niedergangs verdeutlicht Joseph Stiglitz (2002), demzufolge die volkswirtschaftlichen Verluste Russlands (gemessen am BIP) noch größer als während des Zweiten Weltkriegs waren. Trotz des wirtschaftlichen Niedergangs blieb eine substantielle Lohnarbeiterschaft erhalten, wobei der militärisch-industrielle Komplex sowie die Maschinenbau- und Automobilindustrie den industriellen Kern bilden. Aufgrund der niedrigen oder unregelmäßigen Bezahlung wird Lohnarbeit oftmals mit unterschiedlichen Formen landwirtschaftlicher Subsistenzwirtschaft

kombiniert.¹ Diese Heterogenität der Sozialstruktur bezeichnet der Ökonom Joachim Becker als typisches Merkmal semi-peripherer Gesellschaften (Becker 2008: 11ff.). Einen weiteren Unterschied zwischen Staaten des Zentrums und der (Semi-)Peripherie sieht er in der Art der Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere der Außenorientierung der Wirtschaft (Extraversion). Obwohl Russland eine aktive Extraversion aufweist, d.h. Exportüberschüsse, beruhen diese im Wesentlichen auf dem Öl- und Gasexport. Kennzeichnend für die russische Ökonomie seit den frühen 1990er Jahren sind ein konstanter Kapitalabfluss und eine Dollarisierung der Ökonomie. Dies führt zu einer strukturellen Abhängigkeit von neuer Technologie und Investitionsgütern. Die Entwicklung ist jedoch nicht auf ökonomische Prozesse zu reduzieren, sondern hat weitreichende soziale und politische Implikationen. Der Politikwissenschaftler Andreas Nölke (2003) sieht relativ funktionsfähige Verwaltungsstrukturen als wichtige Eigenschaft einer Semi-Peripherie an. Gerade im russischen Kontext ist dies von großer Bedeutung. Trotz der chaotisch verlaufenden Transformation gelang es, die Einheit des Staates zu erhalten, wengleich dies nur durch den Einsatz massiver Gewalt (Nordkaukasus) möglich war. Seit den 2000er Jahren wurde der Staat zum zentralen Akteur gesellschaftlicher Entwicklung, unter dessen Führung die herrschende Elite in einem nationalen Entwicklungskonsens geeint wurde.

Zur weiteren Präzisierung des semi-peripheren russischen Kapitalismus ist die Entstehung neuer Eigentums- und Machtverhältnisse bedeutsam. Die produktiven Wirtschaftszweige werden mehrheitlich von einer Gruppe nationaler Unternehmen, OligarchInnen und dem Staat kontrolliert. Die OligarchInnen profitierten auf unterschiedliche Art von den staatlich gelenkten Privatisierungsprozessen (Pleines 2003; Muhačev 2013). Dabei existiert nach Nicos Poulantzas (2001: 52ff.) das typische Verhältnis von Abhängigkeit und Autonomie einer inneren Bourgeoisie. Zwar schwächt die Dominanz des westlichen Kapitals und die periphere Einbindung in den Prozess der internationalen Arbeitsteilung die politische und ideologische Autonomie des russischen Kapitals, was etwa im Verlust des früheren Weltmachtstatus deutlich wird. Andererseits verfügt die russische Bourgeoisie durch ihre internationale Bedeutung in den Bereichen Energie und Rüstungsgüter über eine eigene ökonomische Grundlage und Akkumulationsbasis. Dies gilt sowohl in Russland als auch außerhalb in den von ihr beherrschten abhängigen Formationen (GUS-Staaten).

1 1996 erwirtschafteten private Grundstücke 90 Prozent der Kartoffeln, 67 Prozent des Gemüses, 40 Prozent des Fleisches und der Milch in Russland (Götz/Halbach 1996: 287).

Lehren aus dem Staatsbankrott: die Reorganisation der Herrschenden

Die katastrophale wirtschaftliche Entwicklung fand ihren Höhepunkt im Jahr 1998. Im Zuge der damaligen globalen Wirtschafts- und Finanzkrise war der russische Staat vorübergehend zahlungsunfähig. Dies leitete einen Reorganisationsprozess der herrschenden Klasse ein, der bis in die Gegenwart die gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse strukturiert.

Mit der Berufung Jewgenij Primakows zum Ministerpräsidenten vollzog die Regierung erstmals eine partielle Abkehr von ihrer neoliberalen Wirtschaftspolitik und verfolgte eine antizyklische, nachfrageorientierte Krisenpolitik. Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Frühjahr 1999 bekräftigte Primakow zwar, an der „Fortsetzung der marktwirtschaftlichen Umgestaltung der russischen Wirtschaft“ festzuhalten, verkündete jedoch eine „Reformierung der Reform“ und betonte die regulierende Rolle des Staates (Maier 2000: 27ff.). Erstmals wurde damit von Regierungsseite die bisherige Wirtschaftspolitik offiziell kritisiert und als Ursache der Krise ausgemacht. Die Maßnahmen der Regierung Primakow erwiesen sich als äußerst erfolgreich. Zudem wirkte sich die Abwertung des Rubels positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie aus. Nachdem sie im Jahr zuvor auf etwa 45 Prozent des Niveaus von 1990 gesunken war, stieg die Industrieproduktion 1999 erstmals wieder an (Grinberg et al. 2006).

Dennoch blieb der Kurs besonders unter den OligarchInnen umstritten, da die Aufgabe des ressourcenextraktiven Modells für sie einen Machtverlust bedeutete. In dem einsetzenden Aushandlungsprozess um die zukünftige Entwicklung Russlands verkörperte Wladimir Putin, der 1999 Ministerpräsident und bereits ein Jahr später Präsident wurde, einen Kompromiss. Zwar gewann der Rohstoffsektor in den kommenden Jahren immer größere Bedeutung. Dennoch hielt die Regierung fortan an einer aktiven staatlichen Wirtschaftspolitik fest.

Ein neuer Konsens für eine neue Phase des russischen Entwicklungsmodells

Der Kompromiss zwischen der Regierung und den OligarchInnen begründete eine neue Phase im Verhältnis zwischen Staat und Kapital. Wenige Monate nach Putins Wahl zum Präsidenten traten 18 der mächtigsten Oligarchen in den „Russländischen Verband der Industriellen und Unternehmer“ (RSPP) ein. Die Wertschöpfung der darin vertretenen Unternehmen betrug zu diesem Zeitpunkt die Hälfte des russischen Bruttoinlandsprodukts (Stykov 2006: 142ff.). Das

Verhältnis zwischen der Regierung, der Staatsbürokratie und der Wirtschaft erhielt somit einen institutionalisierten Rahmen. Indem die OligarchInnen in die wirtschaftliche Entwicklungsstrategie der Regierung eingebunden wurden, gelang es in Russland – anders als in der Ukraine – einen Entwicklungskonsens unter den Herrschenden herzustellen. Zwar blieb die Konzentration auf den Ressourcenextraktivismus bestehen. Allerdings wurden die Einkünfte aus dem Rohstoffgeschäft teilweise dazu genutzt, produktive Sektoren zu stabilisieren. Dabei kommt dem Staat bis heute eine bedeutende Rolle in der Organisation und Absicherung dieses Modells zu. Während dieser durch Gazprom von Anfang an über eine dominante Stellung im Gassektor verfügte, wurde die Kontrolle über die Ölindustrie erst sukzessive ausgebaut.

Diese Veränderungen stießen bei den OligarchInnen auf Widerstand. Schließlich bedeutete die Stärkung des Staates, dass sie aus den profitabelsten Wirtschaftssektoren partiell verdrängt wurden. Die Regierung erklärte sich bereit, die Eigentumsverhältnisse stillschweigend zu legalisieren, insofern die OligarchInnen den neuen Kurs unterstützten. Verhielten diese sich kooperativ, dann wurden sie vom Staat für den Verkauf ihrer Anteile an Ölkonzernen ausgezahlt. So erhielt Roman Abramowitsch, Präsident des englischen Fußballklubs FC Chelsea, für den Verkauf seiner Firma Sibneft an Gazprom 13 Milliarden US-Dollar. Das gilt auch für die russischen Anteilseigner des Konsortiums TNK-BP² bei der Übernahme durch den staatlichen Ölkonzern Rosneft. Andererseits machte die Regierung von Anfang an deutlich, dass Widerstand nicht geduldet würde. Das zeigte sich am konsequenten Vorgehen gegen Mihail Chodorkowskij und die Zerschlagung seines Ölförderunternehmens Jukos, das mehrheitlich Rosneft zugeschlagen wurde. Chodorkowskij war allerdings nicht alleine betroffen. Die Oligarchen Wladimir Gussinskij und Boris Berezowskij, bedeutende Finanziers der Jelzin-Administration, flohen nach Konflikten mit der Regierung ins Exil (zum Oligarchen-Konflikt Jaitner 2014b). Dass die Regierung nicht nur bereit war, solche Konflikte einzugehen, sondern diese zu ihren Gunsten entscheiden konnte, ordnete die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in Russland neu.

Der neue Entwicklungskonsens und die zentrale Rolle, die dem Staat dabei zufällt, beruhen auf einem veränderten Selbstverständnis der herrschenden Klasse. Die Schocktherapie der 1990er Jahre hatte in Russland einen höchst krisenhaften Kapitalismus hervorgebracht, und zwar dank einer unkontrollierten Liberalisierung der Finanzmärkte, der Ausrichtung auf internationale Direktinvestitionen, der korrupten Privatisierungsprozesse und der radikalen Aufgabe alter Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Die Abhängigkeit des Landes von

2 Mihajl Fridman (Alfa-Group), Leonard Blawatnik (Access Industries) und Wiktor Wexselberg (Renowa).

den internationalen Finanzorganisationen, die spätestens mit dem Staatsbankrott 1998 offensichtlich geworden war (vgl. Ždanowskaja 2014), führten innerhalb der Elite zur Einsicht, dass zugunsten einer unabhängigeren Politik gegenüber dem Ausland eine partielle Abkehr von der bisherigen Wirtschaftspolitik notwendig war. Mihail Zadronow (2008), russischer Finanzminister (1997-1999) sprach sogar von einem „für die russische Geschichte einmaligen Konsens.“ Trotz der Konflikte zwischen einem Teil der Oligarchie und dem Staat unterstützte die Mehrheit den neuen Kurs. Einerseits befürwortete sie einen starken Staat, der die Internationalisierung der russischen Konzerne unterstützen und vorantreiben konnte. So wurde der Beitritt zur WTO eine der zentralen Projekte der Regierungen Putin/Medwedjew. Andererseits konnte nur ein funktionsfähiger Staat einen weiteren Zerfall Russlands verhindern. Die Entwicklung im Nordkaukasus galt als warnendes Beispiel, welche dramatischen Folgen die Politik der 1990er Jahre haben konnte. Kurz nach seiner Freilassung im Dezember 2013 begrüßte selbst Chodorkowskij in einem Interview das kompromisslose Vorgehen der Regierung mit den Worten: „Wenn sich die Frage stellt: Abspaltung des Nordkaukasus oder Krieg, dann Krieg.“ (Chodorkowskij 2013) Die Staatsbürokratie befürwortete ebenfalls eine Stärkung des globalen Einflusses Russlands. Die vollständige und rasche Rückzahlung der IWF-Schulden, die im Jahr 2003 erfolgte, war deshalb ein entscheidendes Vorhaben der Putin-Administration. Außerdem eröffnete der Zugriff auf die Profite des Öl- und Gasgeschäfts neue Bereicherungs- und Einflussmöglichkeiten, die in der allgegenwärtigen Korruption ihren Ausdruck finden. Schließlich einte beide Fraktionen das Ziel, die gesellschaftlichen Macht- und Eigentumsverhältnisse zu erhalten.

Mit der Rückkehr zu stabilen Verhältnissen und der neuen Rolle des Staates ging die Verpflichtung der Regierung und der Staatsbürokratie einher, ein Mindestmaß an Versorgungssicherheit für die Bevölkerung zu garantieren. Im Gegensatz zu den 1990er Jahren, als Subsistenzwirtschaft und der Zusammenbruch der sozialen Institutionen den Alltag der Bevölkerung prägten, bemüht sich der Staat seit der Jahrtausendwende um wirtschaftliche Stabilität und relativen Wohlstand. Durch hohe Wachstumsraten und eine Ausweitung des Konsums gelang es, breite Zustimmung unter der Bevölkerung herzustellen, ohne die Einkommensverhältnisse anzutasten. Während zu Putins Amtsantritt im Jahr 2000 noch 42,3 Millionen RussInnen (d.h. 29% der Bevölkerung) mit ihrem Einkommen unter dem Existenzminimum lagen, reduzierte sich diese Zahl bis zum Jahr 2011 auf 18 Millionen Menschen (12,7%). Gleichzeitig verdoppelte sich das durchschnittliche Realeinkommen gegenüber 1995 (Schröder 2013). Dadurch entstand eine städtische Mittelschicht, die sich als zweite entscheidende Stütze des Entwicklungskonsenses erweist. Dennoch sollte gesellschaftliche Stabilisierung nicht mit einer aktiven Sozialpolitik verwechselt werden. Die

Regierung setzte die Deregulierung der Wirtschaft genauso fort wie den Abbau des Sozialstaats.³

Die Reorganisation der herrschenden Klasse unter Putin beruht in erster Linie auf einer Stärkung der Exekutive und der staatlichen Gewaltapparate. Dies findet in dem kompromisslosen Vorgehen gegen politische Widersacher, der Neuordnung der politischen Sphäre und der Zentralisierung gesellschaftlicher Entscheidungs- und Aushandlungsprozesse im Staat seinen Ausdruck. Eine Verfassungsreform stärkte das föderale Zentrum und das Amt des Präsidenten gegenüber den Regionen und deren Regierungschefs. Durch die Gründung der Partei „Vereinigtes Russland“ und anderer Organisationen (Naschi etc.) gelang es zudem, den politischen Prozess zu stabilisieren. Anders als in den 1990er Jahren existiert nun eine politische Plattform zur Aushandlung von Interessen und Strategien unterschiedlicher Fraktionen der Elite. Darüber hinaus wurden politische Autoritäten kooptiert, wie der ehemalige Moskauer Bürgermeister Jurij Luschkow, oppositionelle Akteure (Sergej Mironow), VertreterInnen nationaler Minderheiten und bedeutsame nationalistische PolitikerInnen (etwa Dimitrij Rogosin). Dies ermöglicht eine breite Absicherung des Konsenses auf regionaler Ebene. Die hohe Anzahl ehemaliger GeheimdienstmitarbeiterInnen in Regierungs- und Staatsämtern geht nicht nur auf die Seilschaften Wladimir Putins zurück, sondern auch auf die parallel verlaufende Militarisierung der russischen Innenpolitik. Die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen in Tschetschenien (2000-2009) und ihre Ausweitung auf den gesamten Nordkaukasus schuf einen permanenten innenpolitischen Ausnahmezustand. Der Kampf gegen den Terrorismus dient als Vehikel, jegliche oppositionelle Tätigkeit beliebig einzuschränken. Die vielbeschworene Vertikale der Macht („gelenkte Demokratie“) beschreibt deshalb einen Prozess, in dem gesellschaftliche Beziehungen autoritär institutionalisiert und reguliert werden. Dabei wird der Staat zum Taktgeber der gesellschaftlichen Entwicklung. In ihm verdichten sich die unterschiedlichen politischen und ökonomischen Strategien. Gleichzeitig bildet er das zentrale Terrain, auf dem die Konflikte über die zukünftige Entwicklung geführt werden.

Wachstum ohne Entwicklung?

Die Konsolidierung der russischen Wirtschaft (2000-2008) begünstigte einen Konzentrationsprozess des inländischen Kapitals. Im Jahr 2007 erwirtschafteten

3 Ein Beispiel ist das Gesetz zur „Monetarisierung von Vergünstigungen“, das RentnerInnen Privilegien der Krankenversicherung und des öffentlichen Nahverkehrs strich und stattdessen in Geld auszahlte. Dies führte zur ersten landesweiten Protestbewegung seit 1993.

die 100 größten russischen Firmen fast 60 Prozent des BIP, eine Zunahme um mehr als 10 Prozent im Vergleich zum Jahr 2000 (Liuhto/Vahtra 2009). Damit ging auch eine Veränderung der Firmenstrukturen einher. Im Zuge der Ausdehnung des staatlichen Besitzes im Öl- und Gassektor und der Internationalisierung der russischen Firmen entstanden sogenannte Finanz-Industrie-Gruppen (FIG). Darin bündelten die OligarchInnen ihren weit verstreuten Besitz. Den Kern ihrer Wirtschaftstätigkeiten bilden üblicherweise Banken bzw. Finanzholdings und Rohstofffirmen.⁴ Hinzu kommen transnationale Staatskorporationen wie Gazprom, Rosneft oder Sberbank. Diese handeln strikt nach marktwirtschaftlichen Prinzipien. Dennoch sind sie einem korporativen Sozialmodell verpflichtet, indem sie verhältnismäßig hohe Löhne und Pensionen zahlen und in rohstoffreichen Regionen in den Bau sozialer Infrastruktur investieren.

Seit Mitte der 2000er Jahre nutzt die Regierung einen Teil der Einkommen aus dem Öl- und Gasgeschäft, um eine Konsolidierung ausgewählter Sektoren voranzutreiben. In der staatlichen Holding Rostekhnologii (Rostec) werden Maschinenbau- und Chemieunternehmen gebündelt. Seit der Überführung des staatlichen Rüstungsexporteurs Rosoboronexport, liegt der Schwerpunkt auf der Modernisierung der Rüstungsindustrie. Dazu wurden auch die größten russischen Flugzeug- (Suchoj, Irkut) und Automobilkonzerne (AvtoVaz, Kamaz) integriert. Mit einem Umsatz von 16,5 Milliarden US-Dollar (2012) und über 900.000 Angestellten ist Rostekhnologii einer der größten global tätigen russischen Korporationen. Ähnliche Staatsholdings entstanden in den Bereichen Atom- (Rosatom) und Nanotechnologie (Rosnano). Die staatliche Intervention geht in erster Linie auf den Kapitalmangel privater Unternehmen und die damit verbundenen geringen Investitionen zurück. Mit dem Vorhaben, ausgewählte produktive Branchen zu konsolidieren und einen weiteren Technologieverlust zu verhindern, verschärft sich auch die Konkurrenz um die Verteilung staatlicher Renten. Aufgrund des hohen Ölpreises war es lange Zeit möglich, diese Konflikte einzudämmen.

Aus der folgenden Tabelle geht eindeutig hervor, dass auf dem Höhepunkt der Wachstumsjahre die ressourcenextraktiven Branchen die Säulen der russischen Wirtschaft bildeten, allen voran der Öl- und Gassektor, Banken und die Metallindustrie. Im Gegensatz zum Öl- und Gassektor tragen in der Metallindustrie Privatfirmen 90 Prozent der Produktion. Auch der Maschinenbau, die Telekommunikations-, Informations- und Kommunikationstechnik sind mit einem Anteil von etwa 5 Prozent am Gesamtumsatz der hundert größten russischen Konzerne

4 Dennoch sind die FIGs nicht verschwunden. Bekannte Holdings sind die Alfa Group (Pjotr Awen, Mihajl Fridman), Basic Element (Oleg Deripaska), Interros (Wladimir Potanin) und Sistema (Wladimir Jewtuschenkow).

Russlands umsatzstärkste Konzerne (2007)

Rang	Firma	Branche	Umsatz 2007 Mio. USD	Umsatz 2006 Mio. USD	Wachstum %	Profite vor Steuern in Mio. USD
1	Gazprom	Öl und Gas	93.450,6	84 132,5	11,1	36.129,9
2	Lukoil	Öl und Gas	67.205,0	57 971,7	15,9	13.018
3	Russian Railways	Transport	38.138,8	33 187,9	14,9	5.041,3
4	Rosneft	Öl und Gas	35.323,0	22 991,4	53,6	17.789
5	RAO UES Russia	Energieversorgung	32.122,5	27 271,0	17,8	3.021,3
6	TNK-BP Holding	Öl und Gas	24.940,0	23.561,1	5,9	7.387
7	Surgutneftegaz	Öl und Gas	24.131,3	20.587,7	17,2	4.767,7
8	Sberbank	Bankwesen	20.555,2	15.018,6	36,9	5.463,2
9	Norilsk Nickel	Buntmetallindustrie	16.475,0	12.159,0	35,5	7.735
10	Severstal	Eisenindustrie	15.244,9	13.232,6	15,2	2.654,5
11	RusAl	Buntmetallindustrie	14.962,0	13.701,3	9,2	-
12	Tatneft	Öl und Gas	13.927,9	12.442,7	11,9	2.447,6
13	AFK Sistema	Telekommunikation	13.701,0	10.912,8	25,5	2.563,5
14	Evrax Group	Eisenindustrie	12.808,0	8.813,9	45,3	3.201
15	Gazprom Bank	Bankwesen	10.493,5	8.273,6	26,8	2.056,3
16	Svyazinvest	Telekommunikation	9.551,9	8.532,0	12	2.000,5
17	Transneft	Transport	8.676,4	7.913,5	9,6	3.718,7
18	Magnitogorsk Metal	Eisenindustrie	8.197,0	6.828,3	20	2.293
19	Novolipetsk Metal	Eisenindustrie	7.719,1	6.426,1	20,1	3.156,8
20	Group TAIF	(Petro-)Chemie	7509,9	-	-	-

Quelle: Liuhto/Vahtra (2009: 28)

relevante Bereiche (Liuhto/Vahtra 2009: 8ff.). Investitionsschwerpunkte russischer Firmen waren die GUS und die EU. Während schätzungsweise die Hälfte der Direktinvestitionen in die EU flossen, entfiel jeweils ein Fünftel auf die GUS-Staaten und die USA. Das Gros der Investitionen tätigten Rohstoffkonzerne, wobei im GUS-Raum russische Firmen in den Bereichen Telekommunikation, Maschinenbau, Automobilindustrie und Dienstleistungen (Banken, Versicherungen) relevante Positionen einnehmen (Liuhto/Vahtra 2007: 121ff.). Darüber hinaus beruht Russlands Vorherrschaft im post-sowjetischen Raum auch auf der Abhängigkeit einiger Länder (Belarus, Ukraine, Armenien) von russischen Ener-

gieträgern. In den letzten Jahren hat sich die Regierung zudem darum bemüht, die nationalen Pipelinennetze zu übernehmen, und zwar durch Gazprom und den staatlichen Stromkonzern EES Rossii. Dadurch gelang es, den Zugriff auf die zentralasiatischen Energieträger zu sichern, die hauptsächlich über das russische Netz transportiert werden. Schließlich sichert die breite Militärpräsenz Russlands dominante Position ab. Als weltweit zweitgrößter Waffenexporteur nach den USA hat Russland auch außerhalb des post-sowjetischen Raums substantielle sicherheitspolitische Interessen im Nahen Osten und Nordafrika (Algerien, Iran, Syrien), Südost-Asien (China, Indien und Vietnam) und Venezuela. Davon zeugen milliardenschwere Rüstungsexporte und der Flottenstützpunkt in Tartus (Syrien). Abgesehen vom Öl- und Gassektor forciert Russland über Rosatom den Export von Nukleartechnik, etwa in den Iran, nach Indien, China und in die Türkei.

Der Kapitalkonzentration im Rohstoffsektor steht ein Kapitaldefizit der produzierenden Industrie gegenüber. Im Jahr 2003 waren 48 Prozent der genutzten Ausrüstung bereits mehr als 20 Jahre alt im Vergleich zu 11 Prozent im Jahr 1990 (Grinberg et al. 2006). Der Investitionsrückstand der produzierenden Industrie für den Zeitraum 2004 bis 2009 belief sich auf 927,3 Milliarden US-Dollar (Alekseev 2014). Trotz des eingeleiteten Konsolidierungsprozesses vergrößerte sich ab dem Jahr 2000 bis 2008 der Abstand zwischen Russland und den kapitalistischen Zentrumsstaaten.

Re-Industrialisierung oder globaler Ressourcenextraktivismus?

Mitte der 2000er Jahre entstand in Russland eine neue Debatte, die die Grenzen rohstoffbasierter Entwicklung stärker in den Blick nahm. Unter dem Stichwort „Modernisierung“ wurde über neue Wege zur Verminderung der Rohstoffabhängigkeit diskutiert (Grigorjew 2008; Inosemzew 2014). Daraus entstand eine nicht ausschließlich wissenschaftliche Kontroverse. So fordern etwa der ehemalige Präsident Dmitrij Medwedew (2009), der frühere Finanzminister Aleksej Kudrin (2009) oder internationale Akteure (Worldbank 2013) eine Diversifikation der russischen Exporte und den Aufbau einer konkurrenzfähigen Industrie. Aufgrund des verschärften Konkurrenzdrucks globalisierter Märkte lautet das Ziel, Russlands internationale Konkurrenzfähigkeit zu fördern (WEF 2011).

Seit dem Beginn der Ukraine-Krise hat die Auseinandersetzung um das ressourcenextraktivistische Entwicklungsmodell in Russland weiter an Bedeutung gewonnen. Die verschiedenen Positionen finden sich in den Staatsapparaten wieder. Der russische Vizepremier, Dimitrij Rogosin, plädiert dafür, die gegen Russland verhängten Sanktionen als Chance zu nutzen, um zukünftig technologisch hochwertige Produkte eigenständig zu produzieren (Kowalski 2014).

Kritik an der Regierungspolitik übt der russische Wirtschaftsminister Aleksej Uljukaew. Die Wirtschaft stagniere weniger aufgrund der Sanktionen, sondern weil innenpolitische Reformen versäumt worden wären. Uljukaew fordert einen wirtschaftlichen Kurswechsel und eine Aufgabe des staatlich dominierten Entwicklungskonsenses (Kušinova/Papčenkova 2014). Dennoch ist seit der Krise und den Sanktionen eine Stärkung der binnenorientierten Kräfte unverkennbar. In einem Artikel für die Wirtschaftszeitung *Wedomosti* kritisierte Putin ausführlich die periphere Weltmarktintegration des Landes und die negativen Folgen dieses Prozesses für die russische Industrie (Putin 2012). Um die technologische Abhängigkeit vom Westen zu verringern, gründete die Regierung kürzlich eine Kommission zur Importsubstitution, die durch die Zentralisierung von Know-how und die Vergabe von Krediten diese Pläne vorantreiben soll. Tatsächlich ist die Debatte um Importsubstitution das beherrschende Thema im wirtschaftspolitischen Diskurs des Landes.

Mehrere Aspekte erschweren die Modernisierungsbestreben und eine aktive staatliche Industriepolitik. Erstens agieren die sozialen Kräfte, die eine binnenorientierte Entwicklung Russlands befürworten, aus einer Position der Schwäche. Dies verdeutlicht die Auseinandersetzung um den WTO-Beitritt. Während die Oligarchie, als transnationale Klasse mit starker Außenhandelsorientierung, einen Beitritt vehement unterstützt, forderten produzierende Sektoren wie die Autoindustrie Schutzzölle und Übergangsfristen. Die Ökonomen Guriev und Rachinsky (2005: 136) betonen, für die zehn Sektoren, in denen die Oligarchen mehr als 20 Prozent der Umsätze kontrollieren, gelte: „Mit Ausnahme von Eisenerz und Automobilbau sind all diese Sektoren auf den globalen Markt ausgerichtet: Sie exportieren 30 bis 90 Prozent ihrer Produktion; die Bereiche machen die Hälfte aller russischen Exporte aus.“ Auch der Staat ist trotz seiner Investitionen in produzierende Branchen von den Profiten aus dem Öl- und Gasgeschäft abhängig. Somit bleibt die Frage, wer das soziale Subjekt eines binnenorientierten Entwicklungsmodells sein könnte.

Zweitens erschwert der seit den Wahlen 2012 intensivierte Sozialabbau eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik. Wie fragil die Zustimmung zum ressourcenextraktivistischen Entwicklungsmodell ist, zeigt sich daran, dass die Regierung angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und sinkender Rohstoffpreise ihr Konsumversprechen nur noch eingeschränkt einhalten konnte. Das erklärt, warum die Zustimmung zu Putin vorübergehend rapide abnahm und eine landesweite Protestbewegung entstand. Neben der Entrüstung über die Wahlfälschungen gaben laut einer Umfrage des Levada-Instituts 73 Prozent der Befragten an, aufgrund eines allgemeinen Unmuts über die Entwicklung des Landes an den Demonstrationen teilzunehmen und immerhin 42 Prozent sind mit der versprochenen Modernisierungspolitik unzufrieden (Russland-Analysen 2012: 11).

Das russische Vorgehen in der Ukraine und Syrien hat zweifellos auch das Ziel, durch die Schaffung äußerer Feinde die Zustimmung zur Regierung zu sichern und eine Debatte über ihre wirtschaftspolitischen Versäumnisse zu marginalisieren. Forcierter Sozialabbau und eine aktive Industriepolitik sind somit kein Widerspruch.

Drittens liefert die Debatte um Importsubstitution selbst einen Hinweis darauf, wer das binnenorientierte Entwicklungsmodell trägt. Da der Importanteil von westlicher Ausrüstung in einzelnen Bereichen sich auf bis zu 90 Prozent beläuft, sieht die russische Öl- und Gasindustrie in den Sanktionen eine existenzielle Bedrohung. Es wird erwartet, dass innerhalb der nächsten 20 Jahre die bisherigen Lagerstätten in Westsibirien weitgehend erschöpft sein werden. Neue Stätten in Ost-Sibirien und in der Arktis sind noch nicht ausreichend erschlossen und nur unter hohem finanziellem und technischem Aufwand auszubeuten. Dies macht aus Sicht der Öl- und Gasindustrie die Entwicklung entsprechender Technologie notwendig, was den Präsidenten der Union der Öl- und Gasindustrie Russlands, Gennadij Schmal, zu der Aussage veranlasst: „Die Modernisierung hat für uns lebenswichtigen Charakter.“ (Schmal 2015: 14) Es wird deutlich, dass die Rohstoffbranche trotz der Debatte um Importsubstitution keine Überwindung des Ressourcenextraktivismus anstrebt, sondern dessen Modernisierung. Auch die Beteuerungen der Rohstoffbranche lassen sich derart deuten, die Globalisierung sei unaufhaltsam und internationale Arbeitsteilung notwendig, weshalb keine vollständige Importsubstitution angestrebt werde (Ponomarenko 2015).

Die zukünftige Richtung des eurasischen Integrationsprojektes hängt davon ab, welches Modell kapitalistischer Entwicklung für den post-sowjetischen Raum angestrebt wird. Während die kasachische Regierung gemeinsam mit der russischen Öl- und Gasindustrie auf eine Modernisierung des Ressourcextraktivismus setzt, wird in Belarus auf die Bedeutung der industriellen Entwicklung des gemeinsamen Wirtschaftsraumes hingewiesen (Polownikow 2012). Binnenorientierte Kräfte hegen die Hoffnung, durch eine enge wirtschaftliche Anbindung Russlands, Belarus und der Ukraine einen Reindustrialisierungsprozess der Region einzuleiten. Die Ökonominen Glinka und Kosikova (2006) betonen, dass die drei Länder in den Bereichen verarbeitende Industrien, Wissenschaft und Forschung große Gemeinsamkeiten aufweisen und dadurch die Voraussetzungen für gemeinsame Kooperation günstig sind. Als das mit Abstand bevölkerungsreichste Land nach Russland und aufgrund des hohen Industrialisierungsgrades kam der Ukraine eine zentrale Rolle im Integrationsprozess zu. Das Eingreifen Russlands in den Ukraine-Konflikt zugunsten der Volksrepubliken Donezk und Lugansk sollte auch unter diesem Aspekt beurteilt werden. Damit könnte das Ziel verbunden sein, die ostukrainischen OligarchInnen enger an Russland zu binden und die Ukraine in den eurasischen Wirtschaftsraum zu integrieren. Die

Eskalation des Konfliktes hat solchen Bestrebungen vorläufig ein Ende gesetzt. Dennoch kann Russland – wie in Georgien (Abchasien, Nord-Ossetien) und Moldawien (Transnistrien) – durch die Volksrepubliken Donezk und Lugansk Einfluss auf die Entwicklung in der Ukraine ausüben und eine engere Ausrichtung nach Westen begrenzen. Die Situation im Donbass unterscheidet sich jedoch deutlich von den beiden anderen Ländern. Zum einen deutet vieles auf einen langfristigen Krieg hin. Zum anderen handelt es sich bei dem Donbass mit sechs Millionen EinwohnerInnen um eine bevölkerungsreiche Region. Der Erhalt der Volksrepubliken dürfte für Russland deutlich kostspieliger werden, zumal eine Entwicklung durch finanzielle Unterstützung nicht zu erwarten ist. Das zeigt das Vorgehen in Abchasien, Süd-Ossetien und Transnistrien. Langfristig könnte sich der Donbass – ähnlich dem Nordkaukasus – zu einer permanenten militärischen Ausnahmezone entwickeln, was einen Erhalt des gegenwärtigen Status quo noch wahrscheinlicher werden lässt.

Fazit

Die globale Wirtschaftskrise sowie die Verschärfung der Konflikte im Nahen Osten und in der Ukraine haben die innerrussischen Kräfteverhältnisse zugunsten einer aggressiveren Außenpolitik verschoben. Zur Sicherung des eigenen Akkumulationsregimes und seiner geopolitischen Position scheint Russland eine eigenständige Rolle im Aufbau einer neuen Weltordnung anzustreben. Dies zeichnete sich bereits mit der Intervention im Georgien-Krieg (2008) ab und findet im Truppeneinsatz in Syrien seinen bisherigen Höhepunkt. Ein weiterer Hinweis für eine veränderte außenpolitische Orientierung ist die intensiviertere Kooperation mit China und dem Iran. Dies lässt eine zukünftige Verschärfung geopolitischer Konflikte im post-sowjetischen Raum und im Nahen Osten wahrscheinlich werden.

Neben den wirtschaftlichen Interessen verfolgt die russische Außenpolitik das Ziel, eine weitere Destabilisierung beider Regionen zu verhindern. Aufgrund der Nähe des Nahen Ostens zu den eigenen Grenzen und der Instabilität des Nordkaukasus und Zentralasiens ist das eine legitime Forderung. Allerdings handelt es sich bei Russland nicht um eine progressive, sondern um eine reaktionäre und autoritäre Herrschaft. Es sollte primär als kapitalistischer Staat mit einer nationalen Bourgeoisie verstanden werden, die über ein partiell eigenes Akkumulationsregime verfügt und damit im Widerspruch zu westlichen Interessen geraten kann. Der Konflikt in der Ukraine zeigt dies sehr deutlich. Forderungen nach der Einhaltung des Völkerrechts und einer Stärkung der Vereinten Nationen sind dabei Mittel geopolitischer Einflussnahme und sollten nicht als Versuch missverstanden werden, eine politisch-ökonomische Alternative zum Westen zu bilden.

Dabei ist die außenpolitische Renaissance Russlands trügerisch. Aufgrund der geringen Produktivität und Innovationskraft der einheimischen Industrie, der Abhängigkeit vom Ressourcenexport sowie der schieren Größe reagiert es aus einer Position der Schwäche, sowohl gegenüber dem Westen als auch gegenüber China. Dies und die Sanktionen haben zwar zu einer Redefinition des Entwicklungskonsenses geführt, der sich in einer partiellen Abkehr von der einseitigen Ausrichtung auf den Rohstoffexport ausdrückt. Die Außenorientierung der russischen Wirtschaft setzt jedoch einer Entwicklung des Binnenmarktes und der nationalen Industrie und damit auch einer vertieften Integration des post-sovietischen Raums enge Schranken. Eine Emanzipation von den kapitalistischen Zentrumsstaaten oder gar eine Überwindung des semi-peripheren Entwicklungsmodells erscheint deshalb unwahrscheinlich.

Literatur

- Acosta, Alberto (2013): Extractivism and Neextractivism. Two sides of the same curse. In: Lang, Miriam/Mokrani, Dunia (2013) (Hg.): *Beyond Development Alternative Visions from Latin America*, Amsterdam-Quito: 61-86.
- Alekseev, Alexey (2014): The New Industrialization. In: *Problems of Economic Transition* 56(12): 43-62.
- Becker, Joachim (2008): Der kapitalistische Staat in der Peripherie: polit-ökonomische Perspektiven. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 24(2): 10-32.
- Buzgalin, Aleksandr/Kolganov, Andrej (1996): *Rußland – die neue Gefahr aus dem Osten?*, Berlin.
- Chodorkowskij, Michail (2013): Ja gotov voevat' za severnyj kavkaz. URL: <http://grani.ru/War/Chechnya/m.222684.html>, Zugriff: 18.9.2015.
- Gajdar, Jegor (1995): *Entscheidungen in Russland. Die Privatisierung der Macht und der Kampf um eine zivile Gesellschaft*, Wien.
- /Kogalovskij, Konstantin (1990): *Tendenzen der Wirtschaftskrise in der UdSSR*. In: Segbers, Klaus (Hg.): *Perestrojka: Zwischenbilanz*, Frankfurt/M-Moskau: 230-265.
- Glinkina, Svetlana/Kosikova, Lydia (2006): *Development of Common Economic Space of Russia, Ukraine, Belarus and Kazakhstan in the Context of EU Enlargement*, Russian Academy of Sciences, Institute of Economy (IE RAS).
- Grigorjew, Leonid (2008): Globale Finanzkrise 2008 und Wirtschaft Russlands, Russlands Perspektiven. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/moskau/05933.pdf>, Zugriff: 29.9.2014.
- Grinberg, Ruslan et al. (2006): *Industrial restructuring and economic reforms in Russia*, INDEUNIS Papers, Russian Academy of Science.
- Götz, Roland/Halbach, Uwe (1996): *Politisches Lexikon GUS*, München.
- Gudynas, Eduardo (2011): Neo-Extraktivismus und Ausgleichsmechanismen der progressiven südamerikanischen Regierungen. In: *Kurswechsel* 3/2011: 69-80.
- Gurie, Sergei/Rachinsky, Andrei (2005): The Role of the Oligarchs in Russian Capitalism. In: *Journal of Economic Perspectives* 19(1): 131-150.
- Inosemzew, Wladislaw (2014): Die drohende Krise. Russlands Volkswirtschaft ist nicht „normal“ – und auf gefährlichem Kurs. In: IP, Länderportrait Russland: 4-11.
- Jaitner, Felix (2014a): *Die Einführung des Kapitalismus in Russland*, Hamburg.
- (2014b): Hoffnungsträger Chodorkowski? Der gefallene Oligarch und seine historische Rolle. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 59(5): 83-92.

- Jelzin, Boris (1994): *Zapiski prezidenta*. Moskva.
- Kowalski, Gerhard (2014): Folge der Sanktionen: Bauteile für Russlands Raumschiffe werden knapp. URL: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/weltall/raumfahrt-in-russland-bauteile-wegen-sanktionen-knapp-a-994347.html>, Zugriff: 5.2.2015.
- Krasilshchikov, Victor (2014): *The Malaise from Success: The East Asian 'Miracle' Revisited*, Saarbrücken.
- Kudrin, Aleksej (2009): Rossiya i mirovoj finansovoj krizis. In: *Voprosy Ekonomiki*, 39(1): 9-27.
- Kušinova, Ol'ga/Papčenkova, Margarita (2014): *Intervyu – Aleksej Ulyukaev, Ministr ekonomičeskogo razvitiya Rossii*. URL <http://www.vedomosti.ru/library/news/37496601/etot-shtorm-my-sami-gotovili-aleksej-ulyukaev-ministr>, Zugriff: 6.2.2015.
- Liuhto, Kari/Vahtra, Peeter (2007): Foreign operations of Russia's largest industrial corporations – building a typology. In: *Transnational Corporations* 16(1): 116-144.
- /– (2009): Who governs the Russian economy? A cross-section of Russia's largest corporations, Electronic Publications of Pan-European Institute: 12.
- Nölke, Andreas (2003): Weltsystemtheorie. In: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hg.): *Theorien der internationalen Beziehungen*, Opladen: 309-335.
- Maier, Lutz (2000): Rußlands Wirtschaft auf kapitalistischem Weg. In: *Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 11(42): 22-38.
- Medwedew, Dmitrij (2009): Poslanie federal'nomu sobraniju Rossijskoj Federacii 12 Nojabrja 2009. URL: <http://www.kremlin.ru/transcripts/5979>, Zugriff: 29.9.2014.
- Muchačev, Vadim (2013): *Privatizacija Rossii ili igra bez pravil. K diskussii o prošlom v preddveri k buduščego*, Moskva.
- Pleines, Heiko (2003): *Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära (1994-1999)*, Münster-Hamburg-London.
- Polownikow, Alexandra (2012): *Die Zollunion zwischen Belarus, Kasachstan und Russland – Motive, Entwicklungen und Perspektiven*, SWP Arbeitspapier FG 5, Nr.01.
- Ponomarenko, Dmitrij Vladimirovič (2015): Ot redaktora. In: *Heftegaz*: 5.
- Putin, Wladimir (2012): Nam nužna nowaja ekonomika. URL: http://www.vedomosti.ru/politics/articles/2012/01/30/o_nashih_ekonomičeskikh_zadachah, Zugriff: 29.6.2015.
- Russland-Analysen (2012), Nr. 232.
- (2014): Nr. 276.
- Schmal, Gennadij (2015): Nado dumat' o buduščem, in: Kazachstan. Partnär.kz. Neft'.Gaz. Energetika EAES: 14-16.
- Schröder, Hans-Henning (2013): Gesellschaftliche Perspektiven im Jahre 2013. Wandel der Sozialstruktur und Regimeakzeptanz. In: *Russland-Analysen*, Nr. 250: 12-15.
- Stiglitz, Joseph (2002): *Der Schatten der Globalisierung*, Berlin.
- Stykov, Petra (2006): Wirtschaftsinteressen in der „gelenkten Demokratie“ (2000-2005). In: *Staat und Wirtschaft in Russland. Interessenvermittlung zwischen Korruption und Konzentrierung*, Wiesbaden: 139-158.
- Tichonova, Natalijja (2011): Armut in Russland. In: *Russland-Analysen*, Nr. 222: 2-5.
- Worldbank (2013): *Russian Federation. Export Diversification through Competition and Innovation: A Policy Agenda*, Washington/DC.
- WEF [World Economic Forum] (2011): *The Russia Competitiveness Report 2011. Laying the Foundation for Sustainable Prosperity*. URL: http://www3.weforum.org/docs/WEF_GCR_Russia_Report_2011.pdf, Zugriff: 22.2.2014.
- Zadronov, Mihail (2008): *Vse ponimali, čto my stanovimsja političeskimi smertnikami*. URL: <http://kommersant.ru/doc/1011188>, Zugriff: 16.9.2015.
- Ždanovskaja, Aleksandra A. (2014): *Kuda vedut Rossiju MVB, Vsemirnyj Bank i VTO?*, Moskva.